

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Sommersession: Erfolg dank bürgerlicher Allianzen von Nina Fehr Düs

Seite 2

Kanton Zürich

Mannheim und Asylmisere: Zeit, dass sich etwas dreht! von Domenik Ledigerber

Seite 3

Aktuell

Lernen statt lärmeln: Zurück zu den Kleinklassen! von Anita Borer

Seite 5

Fadegrad

Bildungsbürokratie ersetzt Bildungsdemokratie von Manuel Zanoni

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Zürich Brunau: GV der SVP Stadt Zürich

Seite 8

POLITISIERTE NACHRICHTENDIENSTE IGNORIEREN ISLAMISTISCHE GEFAHR

Anschlag von Mannheim: Ein Mahnfinger für die Schweiz

Ein knallharter Messerangriff eines Afghanen erschüttert Deutschland. In Mannheim erstach ein Afghane einen Polizisten. Zuvor messerte er gegen einen bekannten Islamkritiker, der schwer verletzt wurde. Der Islamkritiker wurde vom Verfassungsschutz beobachtet. Der mutmassliche Messertäter hingegen nicht.



Beim Messeranschlag in Mannheim wurde der Bürgerrechtsaktivist Michael Stürzenberger schwer verletzt und ein Polizist ermordet.

Nach dem Mannheimer Messeranschlag untersucht die Bundesanwaltschaft. Die Tat werde als «religiös motiviert» eingestuft und sei geeignet, die innere Sicher-

«Die deutsche Bundesregierung findet nicht die Kraft, Ross und Reiter beim Namen zu nennen.»

heit zu gefährden. Der Täter, ein abgelehnter afghanischer Asylbewerber, soll weiterhin nicht vernehmungsfähig sein.

Die Tat ist für Deutschland präzedenzlos: Erstmals geht ein Islamist direkt auf einen bekannten Islamkritiker zu und will ihn ermorden. Der getötete junge Polizist ist ein weiteres tragisches Todesopfer der unkontrollierten Masseneinwanderung.

Eigenartige Polizeitaktik

Eigenartig am gesamten Vorfall ist, dass viele Kollegen des Polizisten einfach tatenlos herumstanden.

Scheut sie sich, einzugreifen, oder hatten sie gar andere Order? Hatten sie vielleicht sogar Angst, bei Schusswaf-

fengebrauch belangt zu werden? Auch im Umfeld des Innenministeriums gab es immer wieder eigenartige Vorkommnisse. So löste die linke Ministerin den «Expertenkreis Politischer Islamismus» bereits 2022 einfach auf. Offensichtlich ist der überforderten Amtsvorsteherin der Kampf gegen «Muslimfeindlichkeit» wichtiger.

Schutz der Demokratie

Die deutsche Bundesregierung findet nicht die Kraft, Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Es gibt bis heute kein Versprechen der deutschen Regie-

lung oder des Staatsoberhaupts, die Bürger vor islamistischer Gewalt zu schützen.

Die Regierung schwadroniert vom «Schutz der Demokratie». Sie meint damit aber nicht den Schutz vor Messerstechern, sondern den Schutz vor

«Um der AfD keinen Auftrieb zu verschaffen, werden viele wichtige Themen tabuisiert.»

der Oppositionspartei, der AfD. Die Verhinderung der AfD hat für das Parteien-Machtkartell aus SPD, CDU, FDP und Grünen Priorität.

Um der AfD keinen Auftrieb zu verschaffen, werden viele wichtige Themen tabuisiert. Als kürzlich eine junge AfD-Politikerin die von Afghanen verursachte Kriminalität mit öffentlichen Statistiken belegt hat, wurde sie zu einer Geldstrafe in der Höhe von 6000 Euro verurteilt. Kurz darauf wurde ein Afghane mit Messer in Mannheim aktiv.

9000 Messerangriffe in einem Jahr

Das deutsche «Tichys Einblick» fasst die dramatischen Ereignisse von Mannheim wie folgt zusammen: «9000 lebensgefährliche Messerangriffe gab es im vergangenen Jahr 2023. Auch lässt sich nicht mehr leugnen, dass gewalttätige und -bereite Islamisten die grösste Gefahr für Deutschland darstellen und nicht ein paar grörende Disco- oder Festzelt-Betrunkene. Und dass die Politik diese zugewonnene und weiter zunehmende Bedrohung jahrelang beschönigt, geleugnet und damit verschärft hat.»

Wie schlecht es um die Meinungsfreiheit und das noch Sagbare steht, zeigt ein Ereignis von dieser Woche.

Auf ihrer Migrationskonferenz hat die Kanzlerpartei SPD den Terroranschlag von Mannheim weitgehend ausgeblendet. Einen Tag nach dem Tod des Mannheimer Polizisten spielte die Gefahr des Islamismus nach mehreren Berichten keine Rolle.

Vielmehr warnten die prominenten Redner vor einer «Spaltung des Landes» und vor den Gegnern der Zuwanderungspolitik.

«Positives Migrationsnarrativ»

Auch die Liberalen in der deutschen Regierung sind keine Hoffnung mehr für Vernunft. Sie sehen die Lösung für die Kritik an der Flüchtlingspolitik darin, ein «positives Migrationsnarrativ» in der Gesellschaft zu verbreiten.

Die Ereignisse von Mannheim und deren Verzerrung durch Journalisten und Politiker zeigen auch für die Schweiz, wie ernst die Bedrohungslage ist. So

«Was muss noch alles passieren, bis die Politiker auch in der Schweiz endlich wachsam werden?»

kommt beispielsweise der Freibrief für die Einwanderung von Afghaninnen, den das Parlament kürzlich vollzogen hat, zu einem sehr unglücklichen Zeitpunkt. Was muss noch alles passieren, bis die Politiker auch in der Schweiz endlich wachsam werden?



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH



Solar- und Windkraft-Zwang?

Stromgesetz
NEIN



Buurezmorge

Öffentlicher Anlass mit Anmeldung

Sonntag, 23. Juni 2024, ab 10.00 Uhr

Bauernhof Buenstr. 11, Dübendorf

Fr. 35.– pro Person

Parteimitglieder & Sympathisanten sind herzlich willkommen

Gastreferent: NR Thomas Aeschi
Fraktionspräsident SVP CH

Anmeldung bis 18. Juni 2024:
www.svp-duebendorf.ch/brunch oder veranstaltungen@svp-duebendorf.ch



Christoph
Mörgeli

Klimaseniorinnen und Kriegsseniorinnen

Es gibt zweierlei Naturen unter den alternden Menschenkindern: Die einen werden milder, nachsichtiger und toleranter, die anderen schärfert, extremer und unzulässiger. Zur Gruppe der Letzteren gehören die schrillen Klimaseniorinnen. Obwohl vom Schicksal verwöhnt, zeitlebens benzinautofahrend und Ölheizungserwärmten, zogen einige zornige Omas vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Um dort ihre Gesundheitsschädigung durch die Klimaerwärmung einzuklagen. Da mochten ihre männlichen Altersgenossen nicht zurückstehen. Ein Komitee verletzter Altherren, getrieben von Ressentiments gegen Christoph Blocher, machte das Projekt «Neutralität 21» öffentlich. Es handelt sich um ein «Manifest» ehemaliger Staatsrechtsprofessoren, Ex-Diplomaten und Politiker, deren grossem Geist die Schweiz schon immer zu klein war. Die militärische Sicherheit unseres Landes hängt vor allem von der Nato und von der EU ab. Der Bundesrat wird aufgefordert, «möglichst rasch eine Anpassung der Neutralität an die Hand zu nehmen».

Nach den unseligen Anpassern des 20. Jahrhunderts geben sich jetzt die Anpasser des 21. Jahrhunderts zu erkennen. Wir treffen auf manch altgediente kalte Krieger, Geheimdienstler und Fischen-Spitzel. Noch immer unterteilen diese einfachen Gemüter den Globus in «westlich gut» und «östlich schlecht». Mit dem früheren SVP-Bundesrat und BDP-Programmchef Samuel Schmid wagt sich einer der untauglichsten Verteidigungsminister der Schweizer Geschichte aus der Deckung. Der beklagenswerte heutige Zustand unserer Armee bleibt mit seinem Namen untrennbar verbunden. Dieselben ergrauten Herren, die europapolitische «Rosinenpikerei» verurteilen, meinen im Ernst, die Nato und die EU würden uns beispringen, ohne dass wir unsere Söhne für deren Kriege opfern müssten. Mit der Annäherungspolitik dieser Pensionäre wird unser Land in fremde Konflikte hineingestossen. Das Verbluten überlassen die Kriegsseniorinnen dann aber recht gerne den künftigen Generationen. Aus dem unheimlichen Ei dieser unheimlichen Patrioten werden Kriege ausgebrütet.

SOMMERSSESSION IM ZEICHEN VON ASYL, KLIMA UND DRITTEM GESCHLECHT

Politik läuft fast wie ein Uhrwerk

Die zweite Woche der Sommersession in Bern ist bereits vorüber. Auch in dieser Sessionswoche standen wichtige Geschäfte auf dem Programm, wie das Asyl von Afghaninnen oder die Anerkennung von Palästina als eigenen Staat.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küschnacht

Aus Bern gibt es Erfreuliches zu berichten: Es gelang uns in dieser Sessionswoche, mit FDP und Mitte Allianzen zu bilden.

Man hatte einmal mehr den Eindruck, dass die Linken vor allem für die Flüchtlinge schauen, aber nicht für unsere eigenen Leute.

Klimaurteil ist nicht zu beachten

Auch das Klimaseniorinnen-Urteil wurde rege diskutiert in der Rechtskommission. Erfreulicherweise hatten wir uns seitens der nationalrätlichen Rechtskommission der Erklärung der Rechtskommission Ständerat angeschlossen und erachten das Klimaurteil als unnötig. Der internationale Gerichtshof hat keinen politischen Aktivismus zu machen, sondern Recht zu sprechen. Die Schweiz hat ihre Vorgaben im Klimaschutz bereits erfüllt.



Der Fraktionsausflug der SVP führte dieses Jahr in die Uhrenstadt La Chaux-de-Fonds.

Bild: Wikipedia

Wichtige Themen in der Rechtskommission

Außerdem waren die Themen Verschärfung des Jugendstrafrechts und Verwahrung sowie die Minderjährigen-Ehen in der Rechtskommission.

Auch hier schlossen sich die FDP und Mitte uns erfreulicherweise an, und

wir hatten eine Mehrheit. So sollen Minderjährigen-Ehen grundsätzlich verboten und das Jugendstrafrecht verschärft werden.

Das wichtige Thema Verschärfung des Jugendstrafrechts (Erhöhung des Strafrahmens, beispielsweise bei Mord) ist natürlich noch Gegenstand weiterer Diskussionen. Die ersten Schritte sind bereits gemacht.

Fragestunde Bundesrat

Bei den Fragen an den Bundesrat wollte ich wissen, inwiefern das Lokalradio Lora noch Staatsgelder erhält, welches linksextremistisches Gedankengut verbreitet und in Songs zu Gewalt aufruft. Außerdem wollte ich wissen, inwiefern Bundesrat Beat Jans ein drittes Geschlecht einführen möchte. Derzeit sei dies gemäss Antwort des Bundesrats zwar kein Thema, aber immerhin hat er sich eine Stunde Zeit für ein Gespräch mit Nemo genommen. Hier gilt es, dranzubleiben, damit diese Hysterie hoffentlich bald ein Ende hat.

Fraktionsausflug nach La Chaux-de-Fonds

Nebst der Sommersession finden viele Aktivitäten oder Veranstaltungen statt. Jeden Mittag und Abend kann man zwischen verschiedenen Veranstaltungen auswählen. Außerdem hatten wir den Fraktionsausflug nach La Chaux-de-Fonds/NE auf dem Programm. Es ging in die Uhrenfabrik Breitling, mit Schiffahrt und anschliessendem Nachessen. Über 150 Personen nahmen teil. Auch die dritte Sessionswoche wird spannend werden.

ABSTIMMUNG VOM 9. JUNI 2024

Stromgesetz – ein Rezept gegen hausgemachte Probleme?

Der Schweiz droht ein Stromversorgungs-Engpass. Dies liegt aber nicht an den Gemeinden, welche sich erfolgreich für den Naturschutz und gegen gigantische Solar- und Windparks einsetzen, sondern an der «grünen Mogelpackung» Energiestrategie 2050. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes opfert sie die Umwelt, die sie zu schützen vorgibt. Deshalb am 9. Juni NEIN zum Stromgesetz.



Lukas-Fritz Hüppin
Vize-Präsident
SVP Kanton Schwyz
Wangen SZ

Bandenergie liefern kann. Allerdings ist auch dieses Potenzial begrenzt. Selbst wenn der Bund alle bis zum Jahr 2050 geplanten Projekte umsetzen würde, könnten sie lediglich den Energiebedarf von knapp 3 Jahren Bevölkerungswachstum decken. Der Bund möchte jedoch hauptsächlich auf Solar- und Windkraft setzen. Diese Projekte bedrohen unsere Natur und lösen durch eine unzuverlässige und saisonal abhängige Stromproduktion das Problem der Versorgungssicherheit nicht.

Demokratie wird eingeschränkt

Mit dem Stromgesetz glaubt der Bund, sein Rezept gefunden zu haben, indem er ökologische Hürden senkt und die demokratische Mitsprache der Gemeinden einschränkt. Somit liessen sich solche unvernünftigen Projekte in Zukunft leichter und vom Steuerzahler mit Milliarden subventioniert realisieren. Doch dies ist keine nachhaltige Lösung, und die drohende Versorgungslücke wird damit immer grösser.

Deshalb gilt es, am 9. Juni das Stromgesetz abzulehnen. Mein Rezept gegen den drohenden Strommangel sind die beiden Volksinitiativen der SVP:

- «Blackout stoppen»: Aufhebung des Bauverbots neuer Kernkraftwerke
- «Keine 10-Millionen-Schweiz» (Nachhaltigkeits-Initiative): Stopp dem grenzenlosen Wachstum

Offener Brief an Bundesrat zum ausufernden Asylwesen

Statt die Asylzahlen mit wirkungsvollen Massnahmen zu reduzieren, wälzt der Bund das Asylproblem einfach auf die Gemeinden ab. Sämtliche Gemeinden des Bezirks Dielsdorf haben in einem offenen Brief an Bundesrat Beat Jans mit Kopie an Regierungsrat Mario Fehr eine Protestnote platziert. Sie kündigen an, keine weiteren Kontingentserhöhungen mehr stemmen zu können.

Geschätzter Bundesrat Jans, lieber Beat

Noch vor zwei Jahren lag die Asyl-Aufnahmekapazität bei 0,5% der Wohnbevölkerung. Bekanntermassen wird sie nun per 1. Juli 2024 auf 1,6% erhöht. Seit zwei Jahren engagieren sich die Städte und Gemeinden mit enormem Aufwand, um die stetig wachsende Zahl von Asylsuchenden aufzunehmen zu können.

Gemeinden am Anschlag

Die Gemeinden in unserem Bezirk haben es dank massiven Anstrengungen knapp geschafft, die heute gültige Aufnahmekapazität von 1,3% zu erfüllen. Dies erfolgte vielfach mit Zwischennutzungen, die im Laufe der kommenden 1 bis 2 Jahre wieder wegfallen werden. Neue Unterkünfte sind unter den bestehenden Rahmenbedingungen sehr schwer oder gar nicht realisierbar. Personen, die theoretisch in den freien Wohnungsmarkt transferiert werden könnten, um wieder einen Kontingentsplatz freizumachen, bleiben oftmals aus den verschiedensten Gründen in unseren Unterkünften.

Unser Personal, welches sich mit viel Herzblut um eine Integration bemüht, sieht sich nebst der Belastung aufgrund der enormen Anzahl an Personen auch mit Fällen konfrontiert, die aufgrund des



Die Unterbringung von immer mehr Asylbewerbern stellt die Gemeinden vor Probleme.

Bild: Adobe Stock

noch laufenden Verfahrens nicht auf die Gemeinden verteilt werden sollten. Kurz zusammengefasst: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am Limit!

Demzufolge weisen wir Sie darauf hin, dass es nach dem heutigen Kenntnisstand nicht (für alle Gemeinden) möglich sein wird, die geforderte Quote von 1,6% per 1. Juli 2024 zu erfüllen.

Kantone und Bund sind gefragt
Selbstverständlich bemühen wir und unsere Mitarbeitenden uns weiterhin, neue oder alternative Lösungen zu suchen – sei dies bspw. durch die Eröffnung von Zivilschutzanlagen oder die Realisierung von Containerprojekten. Es ist uns wichtig, frühzeitig über den Stand der Arbeiten bzw. die äusserst angespannte Situation in den Gemeinden zu informieren. Ebenso bringen wir klar zum Ausdruck, dass Zeltdörfer und sonstige kurzfristige Lösungen Aufgabe des Bundes, vielleicht im «Notfall» Aufgabe der Kantone, aber sicher nicht Aufgabe einzelner Gemeinden sind.

Wir rufen dringend dazu auf, dass primär auf Stufe Bund sowie des Kantons auch andere Wege gesucht werden müssen, als stetig die Aufnahmekapazität für die Gemeinden zu erhöhen. Insbesondere erwarten wir vom Bund neben einer restriktiven Asylpraxis, dass er die über 20 000 hängigen Asylgesuche rasch abbaut und die Asyl-Schnellverfahren ausweitet. Zudem ist beim Schutzstatus S die Rückkehrorientierung zu klären und Missbrauch einzudämmen.

Wir weisen mit Nachdruck darauf hin, dass die Städte und Gemeinden keine weitere Steigerung der Aufnahmekapazität bewältigen können.

Beste Grüsse

Stefan Schmid, Präsident der Gemeindepräsidentenkonferenz und Gemeindepräsident von Niederglatt, und Gemeindepräsidenten des Bezirks Dielsdorf

Seit 2001 sank der Pro-Kopf-Verbrauch an Strom der Schweizer Bevölkerung um 13%. Total verbraucht die Schweiz aber 6% mehr Strom. Der Grund ist klar: Die starke Zuwanderung liess unsere Bevölkerung seit dem Jahr 2000 um mehr als 25%(!) wachsen. Allein die Nettozuwanderung der letzten 20 Jahre benötigt mehr Strom (8 TWh pro Jahr), als das grösste AKW der Schweiz in Gösgen produzieren kann! Die Schweiz wächst und mit ihr der Energiebedarf. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie stellen wir die grösste Energiequelle ab, welche zuverlässigen und faktisch CO₂-neutralen Bandstrom liefert, und riskieren fahrlässig unsere Versorgungssicherheit.

Es braucht Strommix und Bandenergie

Unbestritten brauchen wir einen vielfältigen Strommix, der auch erneuerbare Energien einschliesst. Wasserkraft ist die zweitgrösste Stromquelle der Schweiz und die einzige unter den erneuerbaren Energien, die zuverlässige



Solar- und Windkraft-Zwang?

Stromgesetz NEIN



AUS DEM KANTONSRAT

Bildungspolitik: Hohe Präsenz führt zu Erfolg

Noch selten war es so offensichtlich, wie wichtig es war, dass die gewählten Parlamentarier am Montag auch tatsächlich im Rat präsent waren. Denn erfreulich und sehr aussergewöhnlich konnte der neue SVP-Kantonsratspräsident Jürg Sulser nicht nur einen, sondern sogar zwei Stichentscheide fällen und somit zwei bildungspolitische Geschäfte im Sinne der SVP bzw. der Bürgerlichen entscheiden. Aber der Reihe nach.



Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Neue Besen kehren gut. Diesen Eindruck hatte man zumindest, wenn man die Anzahl der behandelten Traktanden anschaut. Ganze elf Geschäfte wurden an diesem Montag abgearbeitet.

Unumstrittene Geschäfte

Relativ unspektakulär, weil einstimmig, war die Vorlage zum Thema Kinder- und Jugendheimgesetz, das die Gemeinden einmal mehr entlastet beim Kostenverteilsschlüssel. Ebenso unbestritten war das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitäler – im Grunde eine Finanzierungsvereinbarung der kantonalen Erziehungsdirektoren.

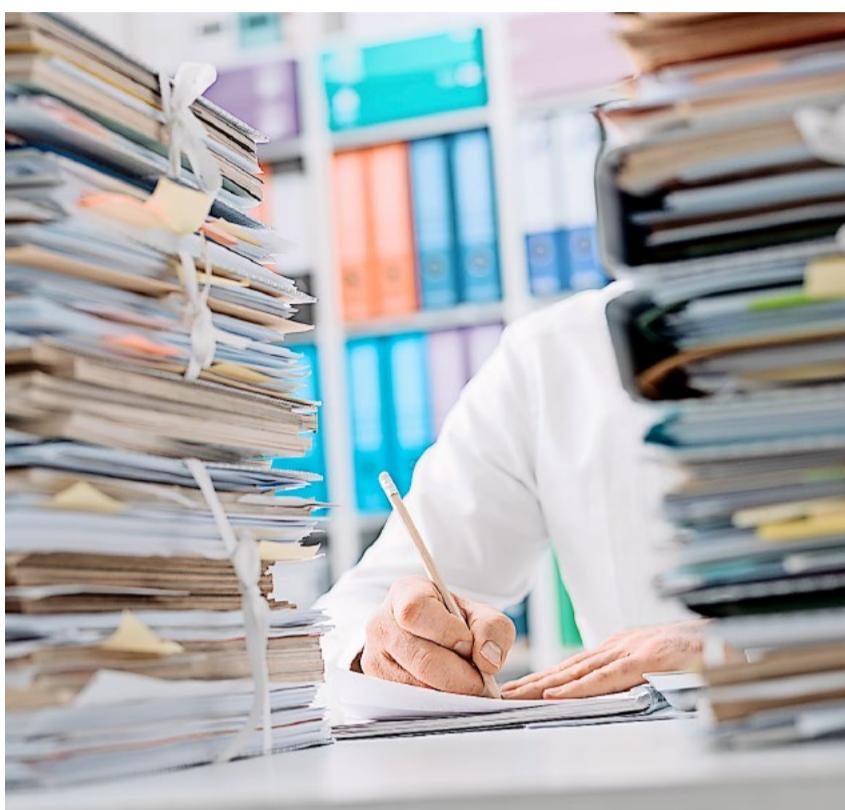
Verbesserung der Spurensicherung

Einen ersten Erfolg verbuchten die SVP-Kantonsrätinnen Susanna Lisibach und Sandy Bossert mit ihrem Postulat zum Aufbau eines aufsuchenden Dienstes für «Forensic Nurses». So soll sichergestellt werden, dass Opfer sexueller Gewalt die Spuren sichern lassen können, noch bevor sie bei der Polizei vorstellig werden, da dieser Schritt mit Scham behaftet ist und viele Frauen von einer Anzeige abschreckt.

Wiederum unbestritten war dann die Beratung des Universitätsgesetzes, mit dem die Universität Zürich eine eigene Eigentümerstrategie erhalten soll. Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) gefolgt.

Lehrer-Pensen erhöhen

Zur Sache ging es dann aber endlich beim Postulat der FDP, das eine Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads in der Volksschule verlangt. Der Hebel, den die FDP dazu vorschlug, nämlich eine gezielte, bessere Honorierung von Lehrpersonen, die höhere Pensen leisten, stiess nicht bei allen auf fruchtbaren Boden. Dies sei



Die Bürgerlichen wollen den Lehrermangel durch eine Erhöhung der Pensen und eine Reduktion der Bürokratie bekämpfen.

Bild: Adobe Stock

in höchstem Masse asozial und diskriminierend. Auch das Votum von SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher, wonach mit einer nur minimalen Pensenerhöhung der Lehrermangel entschärft werden könnte, konnte die linke Ratsseite und auch die GLP nicht umstimmen. Und so entstand mit 87 zu 87 Stimmen die erste Pott-Situation, die SVP-Kantonsratspräsident Jürg Sulser selbstverständlich zugunsten der Bürgerlichen entschied.

Weniger Bürokratie im Lehrerberuf

Einen weiteren Schlagabtausch liefern sich die beiden Lager auch beim nächsten Traktandum.

Es ging um eine Motion, die forderte, für den Tätigkeitsbereich, d.h. Aufgaben von Klassenlehrern neben dem Unterricht, im neuen Berufsauftrag 200 Stunden pro Jahr festzulegen statt wie bisher 100 Stunden. Stetig zunehmende Zusatzaufgaben, wie z.B. Elterngespräche, sprengen die Zeitpensen vieler Lehrer und führen zu einer Reduk-

tion der Arbeitszeit, die effektiv für den Unterricht verwendet wird. Rochus Burtscher sah die Lösung der immer grösser werdenden administrativen Flut natürlich nicht beim Vorschlag der Motionäre, sondern schlug vor, zuerst einmal auf die Überarbeitung des Berufsauftrages zu warten, da schliesslich der Evaluationsbericht bereits vorliege. Zudem wäre es an der Zeit, die administrativen Aufgaben zu überdenken und grundsätzlich zu entschlacken und so den Beruf wieder attraktiver zu machen. Wie bereits beim vorhergehenden Traktandum hielten sich die Stimmen von SP, GLP, Grüne und EVP gegen SVP, Mitte und FDP die Waage, sodass erneut der Kantonsratspräsident den Stichentscheid geben durfte und die Motion somit abgelehnt wurde.

Die letzten zwei Abstimmungen zeigten eindrücklich, wie wichtig es ist, dass wirklich jeder Kantonsrat sein Amt ernst nimmt und im Rat präsent ist – dafür sind wir schliesslich gewählt.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN DER SVP ZÜRICH

Zeit, dass sich etwas dreht!

Die Meldung hat uns alle schockiert und fassungslos zurückgelassen: In Mannheim hat vergangene Woche ein radikaler Islamist mehrere Menschen bei einem Messer-Attentat schwer verletzt. Ein Polizist, der sich dem Angreifer heldenhaft in den Weg stellte, erlag im Spital seinen schweren Verletzungen. Mannheim liegt bloss einige Autostunden von der Schweizer Grenze entfernt und es existieren direkte Zugverbindungen zwischen Basel und Mannheim Hauptbahnhof. Es wäre dem Attentäter von Mannheim dementsprechend ein Leichtes gewesen, unbemerkt in die Schweiz einzureisen. Unsere Aussengrenzen sind bekanntlich für die ganze Welt offen wie ein Scheunentor.

Schweizer Luxus-Gefängnisse

Doch nicht nur in Deutschland sind die Zustände im Asylwesen ausser Kontrolle: In der Schweiz sorgte vor einigen Wochen ein Artikel des Blinks für Furore. Im besagten Artikel sprechen die Journalisten des Blinks mit jungen Asylbewerbern und Bewohnern aus Tunesien. Asylgesuche von Personen aus Tunesien werden in 99% (!) aller Fälle abgelehnt. Gleichzeitig sind die

Asylbewerber aus dem nordafrikanischen Land überdurchschnittlich häufig unter den Intensivsträftern zu finden. Unsere Justizbehörden haben alle Hände voll zu tun, die kriminellen Asyltouristen aus den sogenannten Maghreb-Staaten dingfest zu machen und somit Schaden von unserer Gesellschaft abzuhalten. Doch zurück zum Blick-Artikel: Darin äussern die befragten Tunesier ihre Erheiterung über die schönen Schweizer Gefängnisse, unser ausgebautes Sozialsystem sowie über unsere laschen Gesetze und offenen Grenzen. Am nördlichen Ende Afrikas lacht man über das Asylschlafraffenland Schweiz. Es versteht sich von selbst, dass gerade junge Männer aus dieser Region unsere Dummheit ausnützen wollen.

Die SVP bietet Lösungen

Dagegen müssen wir uns als Gesellschaft, aber insbesondere auch als SVP, wehren.

Die SVP Schweiz hat vor einigen Tagen in Basel-Stadt, in einem zweiten Schritt nach der Nachhaltigkeitsinitiative, nun bereits ihre zweite nationale Initiative lanciert. Die «Grenzschutz-Initiative» verlangt, dass die

Schweiz ihre Aussengrenzen wieder aktiv selbst bewacht und kontrolliert. Weiter fordert die Initiative, dass nur noch 5000 Asylgesuche pro Jahr ausgestellt werden dürfen. Damit soll in erster Linie den Personen Asyl gewährt werden, die in ihrem Heimatland auch tatsächlich an Leib und Leben bedroht sind. Personen, beispielsweise aus Tunesien, hätten somit zurecht keine Chance mehr auf Asyl in der Schweiz. Wenn wir unsere innere Sicherheit weiterhin aufrechterhalten und unsere Gesellschaft nicht vor einer unlösbaren Zerreissprobe stellen wollen, ist die Grenzschutz-Initiative unerlässlich. Es wird Zeit, dass sich etwas dreht in unserem Land! Unterschreiben Sie jetzt die Grenzschutz-Initiative!

Mehr Infos:

<https://grenzschutzinitiative.ch/unterschreiben/>



von
**Domenik
Ledergerber**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Verwaltungsgericht: Kosten müssen zurückbezahlt werden

Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

«Rückzahlung von zu viel bezahlten Kosten aufgrund eines Verwaltungsgerichtsentscheids gestützt auf das Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge» – langer Titel, der es in sich hat. Unser ehemaliger Kantonsratskollege und jetziger Nationalrat Martin Hübscher hatte zusammen mit Mitte und FDP ein dringliches Postulat zu dieser Thematik eingereicht. Der Bericht liegt nun detailliert vor und wurde am 3. Juni 2024 im Rat behandelt.

Rückerstattungsforderungen der Gemeinden

Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass es vorgesehen war, dass Rückerstattungsforderungen der Gemeinden bis Ende März 2024 zugelassen sind. Anschliessend werden die Rückerstattungen in den Jahren 2023 bis 2025 ausbezahlt und dem mittelfristigen Ausgleich belastet. Gespannt sind wir, ob mit der Rückerstattung die eine oder andere klagende Gemeinde aus dem Finanzausgleich weniger erhält. Dies könnte dann noch entscheidend sein und ebenfalls bei den Kommunen ins Geld gehen.

Der Sündenfall der BVK-Sanierung

Die SVP des Kantons Zürich hat nicht vergessen, dass der grösste Sündenfall die Sanierung der Versicherungskasse für das

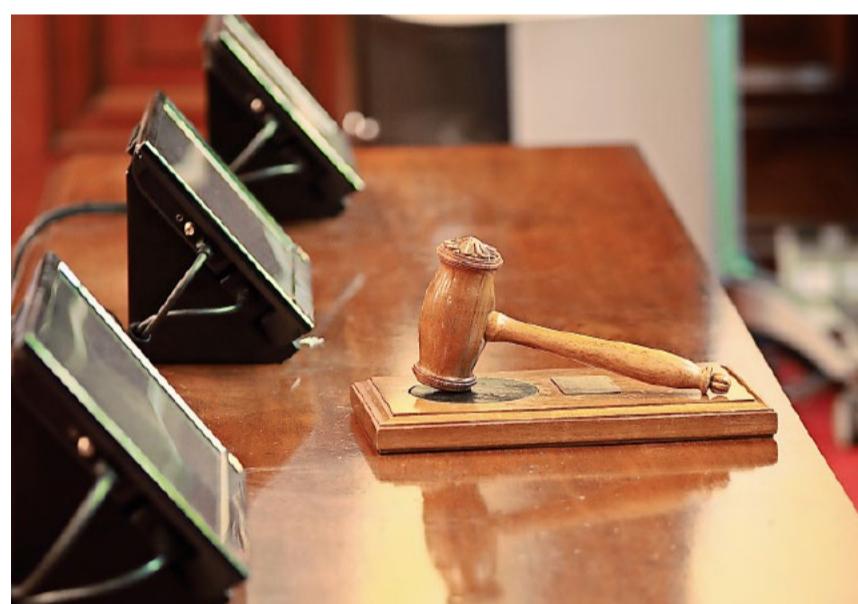
Staatspersonal (BVK) war. Hier hatte nämlich der Kantonsrat ohne die SVP entgegen der gesetzlichen Regelung eine Ausnahme beschlossen, indem er 1,6 Mrd. Franken von 2 Mrd. Franken nicht dem mittelfristigen Ausgleich belastete. Wäre dies geschehen, hätte man ein Sparprogramm seitens des Kantons durchführen müssen.

Rückstellungen und politische Debatten

In der Zwischenzeit hat der Kanton gelernt und Rückstellungen für diese Rückerstattungen gebildet. Mit der Rechnung 2023 sind diese bereits bei rund 450 Mio. Franken angekommen. Wir sind uns nicht sicher, aber glauben, dass die Auszahlungen durchaus höher ausfallen könnten. Die SVP vertrat in der Debatte die Meinung, dass die erhaltenden Gemeinden diese Rückzahlung zu Steuerenkungen verwenden könnten, denn sie hatten das Geld ja bereits einmal ausgegeben.

Die linke Seite meinte hingegen, dass die kommunalen Verwaltungsangestellten mühsam in den «Kellerräumen» nach diesen Akten suchen und sie akribisch zusammenstellen müssten. Deshalb sei das Geld bei den Gemeindeverwaltungen am richtigen Ort, und sie verneinten Steuerenkungen. Es wäre nichts anderes als «fair» gewesen, wenn die Kantonsräte von links bis rechts eine Empfehlung gegenüber den Gemeinden zur Steuerenkung gegeben hätten. Auch mit dieser Position stand die SVP alleine da.

Da ein ausführlich guter Bericht vorlag, wurde im Anschluss das dringliche Postulat von allen Parteien als erledigt abgeschrieben.



Das Verwaltungsgericht entschied: Der Kanton muss den Gemeinden die zu viel bezahlten Kosten für Heimaufenthalte Jugendlicher zurückzuerstellen.

Bild: Peapx.com



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP BEZIRK HINWIL

Alles neu macht der Mai, nur die SVP bleibt sich treu

Wenn sich gut 45 Personen an einem Tag mit Hudewetter par excellence in der fast hintersten Ecke des Bezirks zusammenfinden, dann kann es sich nur um die Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Hinwil handeln. Echte, bodenständige Oberländer lassen sich von nichts abschrecken. Schon gar nicht, wenn es um das Wohlergehen und die Freiheit unserer Schweiz geht.



Trotz Hudewetter fast vollständig erschienen: Die Parteileitung der SVP Bezirk Hinwil.

Bild: Adrian Wegmann, Oberrieden

Auch die miserablen Wetterverhältnisse an diesem letzten Tag im Mai hielten die Delegierten und Freunde der SVP Bezirk Hinwil nicht davon ab, sich bei der Panoramaloipe in Wald zur ordentlichen Delegiertenversammlung einzufinden. Obwohl es in Strömen regnete, das Wasser in kleinen Bächen den Autos entgegenströmte und sich die Besucher pudelnass im modernen Sporthaus einfanden, war die Stimmung gut. Dazu hatten die Anwesenden aber auch allen Grund. Nebst einem positiven Jahresabschluss darf die Bezirkspartei auf ein aktives Jahr mit guten kantonalen und nationalen Wahlen zurückblicken.

Wechsel in der Parteileitung

Nichts währt für immer und so liegt es in der Natur der Sache, dass es inner-

halb von Gremien auch Wechsel gibt. So mussten wir unser engagiertes Parteileitungsmittel Philipp Zopp verabschieden, der vor allem durch die Organisation des beliebten SVP-Stands an der ZOM eine Bereicherung für die Bezirkspartei war. Die frei werdende Position wird neu mit Markus Rebsamen aus Wetzikon besetzt.

Spannende Einblicke durch Nina Fehr Düsel

Der offizielle Teil einer Delegiertenversammlung mag teilweise, jeder hat da sicherlich seine eigenen Erfahrungen, eher trocken anmuten. Um diesem Klima entgegenzuwirken, trumpfte Nationalrätin Nina Fehr Düsel mit einem Einblick in ihre Nationalratstätigkeit auf. Welche Eindrücke bringt eine frischge-

backene Bundeshauspolitikerin aus Bern zurück? Die Delegierten erfuhren, dass es einiges gibt, was sogar erfahrene Politiker erstaunt. Auch die Rechtskommission, in der Fehr Düsel als Juristin Einsatz hat, ist nicht gefeit vom linksgrünen Klimawahnsinn. Klimarechte als Menschenrechte? Wenn es nach dem der Schweiz aufgezwungenen Klimaurteil des EGMR geht, ein klarer Fall.

Dies scheint das Resultat zu sein, wenn Richter politischen Aktivismus betreiben. Nun, spätestens nach dem ESC ist sich die Schweiz diese Angehörligkeit gewöhnt. Es scheint nicht möglich zu sein, dass wir einen Künstler senden, der einfach eine gute Darbietung abliefer. Nein «es» muss sofort aktivistisch auf Beat Jans einwirken, der selbstverständlich auch noch Hand bietet.

Wasser- und Vorstossflut

Sicherlich wird es unseren Nationalräten in Bundesbern nicht langweilig. Kein Wunder, wenn sie mit einer Flut von Vorstößen aus dem linksgrünen Lager zugedeckt werden. Da kann der Steuerzahler nur hoffen, dass die Limitierung auf 32 Vorstösse pro Person und Legislatur eine Mehrheit findet.

Unabhängig davon, welche politische Sintflut über uns hereinbricht, die SVP bleibt sich selbst treu und setzt sich für die Schweizer Bürger ein, wie auch wir uns für unseren Bezirk einsetzen.

Seraina Billeter,
Parteileitungsmittel
und Gemeinderätin

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP BEZIRK BÜLACH

Gregor Rutz spricht vor vollem Saal

Zu Beginn der Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Bülach in Nürensdorf, die im vollen Saal des Restaurant Bären stattfand, referierte Nationalrat Gregor Rutz zu aktuellen Themen.

Nationalrat Gregor Rutz freute sich darüber, dass die Bevölkerung so zahlreich erschienen war, um ihm zuzuhören: «Es macht Spass, wieder vor vollen Sälen zu sprechen.» Er rief die Zuhörer dazu auf, an die Urnen zu gehen. Zu den beiden Krankenkassen-Initiativen meinte Gregor Rutz: «Die Prämien-Entlastungs-Initiative und die Kostenbremse-Initiative sind Blender-Initiativen. Die Titel tönen verführerisch, was aber dahintersteckt, führt entweder zu Zuständen, wie sie teilweise im Ausland herrschen, mit langen Wartezeiten, rationierten Leistungen und allenfalls einer Zweiklassenmedizin oder aber belastet den Steuerzahler umso mehr.» Er empfahl deshalb ein NEIN für beide Initiativen. Zum Stromgesetz führte Gregor Rutz aus:

«Es kann nicht sein, dass wir unsere Natur mit grossflächigen Solaranlagen und Windparks verschandeln und im Gegenzug keine Diskussion über den Bau neuer Atomkraftwerke führen wollen.» Daher empfahl er auch hierzu die NEIN-Parole. Die Delegierten folgten den Empfehlungen von Gregor Rutz.

Bedrohung der direkten Demokratie

Weiter warnte Gregor Rutz eindringlich vor dem Rahmenabkommen, welche unsere direkte Demokratie massiv bedrohen würde. «Unser System mit Initiativ- und Referendumrecht ist nicht kompatibel mit dem EU-Rahmenabkommen und es hätte gravierende Auswirkungen. Wir müssten unser politisches

und unser juristisches System der EU anpassen.» Er wies auf die Unionsbürgerrichtlinien hin, welche die ohnehin schon massive Zuwanderung in die Schweiz noch erhöhen würde.

Anlässlich der anschliessenden Delegiertenversammlung wurden die statutarischen Geschäfte zügig erledigt und der Vorstand sowie der Präsident Christian Pfaller bestätigt. Die aus dem Vorstand zurückgetretene Saskia Meyer, welche in den vergangenen Jahren den Vorstand mit ihrer Mitarbeit aktiv unterstützte, wurde mit einem grossen Applaus und einem Präsent herzlich aus dem Vorstand verabschiedet.

Vorstand,
SVP Bezirk Bülach



Nationalrat Gregor Rutz mit dem Vorstand der SVP Bezirk Bülach.

GENERALVERSAMMLUNG DER SVP ZÜRICH 11

Politisches und Kulinarisches stand auf dem Programm

Am Freitag, 24. Mai 2024, fand die Generalversammlung der SVP Zürich 11 im Restaurant Vesuvio in Zürich-Seebach statt. Unser diesjähriger Referent war SVP-Nationalrat Christian Imark

Imark sprach zum Thema «Die Entwicklung und Herausforderung der Energiepolitik». Im Anschluss an sein spannendes Referat konnten noch Fragen gestellt werden, die er alle ausführlich beantwortete. Danach eröffnete Präsident Stephan Iten offiziell die Generalversammlung 2024. Im Fokus stand die Wahl des Präsidenten und die Erhöhung des Mitgliederbeitrages. Die moderate Erhöhung wurde einstimmig angenommen. Für eine weitere Amtsperiode von zwei Jahren wurde Gemeinderat Stephan Iten einstimmig im Amt bestätigt. Nach der Versammlung lud die SVP Zürich 11 zu einem feinen Nachessen ein.

Peter Schick, Kantonsrat SVP, Zürich



Nationalrat Christian Imark referierte in Seebach zur Energiepolitik.

Bild: Wikipedia

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 4. JUNI 2024

Vorstand schlägt ein Co-Präsidium Brunner und Bamert vor

Der Vorstand schlägt der Generalversammlung ein Co-Präsidium mit Susanne Brunner und Ueli Bamert vor. Dies wurde an der ausserordentlichen Vorstandssitzung vom 4. Juni 2024 beschlossen.

Hearings besprochen und die Ergebnisse dieser Diskussion dem Vorstand vorgestellt.

Vorstand schlägt ein Co-Präsidium Brunner und Bamert vor

An der ausserordentlichen Sitzung vom 4. Juni 2024 hat der Vorstand sich mit 13 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, ein Co-Präsidium mit Kantonsrätin Susanne Brunner und Vize-Fraktionschef und Kantonsrat Ueli Bamert der Generalversammlung vorzuschlagen.

Die Generalversammlung wird am 8. Juni definitiv entscheiden.



Ueli Bamert und Susanne Brunner kandidieren für das Co-Präsidium der SVP Stadt Zürich.

Bild: SVP Kanton Zürich

Neue Normalität?

25.05.2024, Ins (BE)
Schlägerei auf offener Strasse am helllichten Tag - 2 Algerier prügeln aufeinander ein und verletzen Unbeteiligte
Quelle: 20 Min, 28.05.2024

29.05.2024, Liestal (BL)
Nach Einbruch in Einfamilienhaus - 1 Algerier und 1 Tunesier festgenommen
Quelle: Polizei Basel-Landschaft, 01.06.2024

31.05.2024, Staad (SG)
Einbruchversuch in Wohnung - 2 algerische Asyl-Migranten auf der Flucht festgenommen
Quelle: Polizeinews.ch, 30.05.2024

01.06.2024, Basel (BS)
Kosovare vergewaltigt eine Frau im öffentlichen Park - Täter geht nach der Tat feiern und wird im Club festgenommen
Quelle: 20 Min, 01.06.2024

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben! www.grenzschutzinitiative.ch



INTEGRATION UM JEDEN PREIS HAT VERSAGT!

Kleinklassen wieder salonfähig machen

Die Probleme in den Schulen werden immer deutlicher: sinkendes Bildungsniveau, sehr hoher Anteil an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern, grosse Unruhe im Klassenzimmer, immer mehr sonderpädagogische Massnahmen sowie steigende Bürokratie und Kosten. Insbesondere die Integration von verhaltensauffälligen Kindern in die Regelklassen gelangt immer mehr an ihre Grenzen.



Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

Für die Misere sind mehrere Gründe verantwortlich. Dass die ungebremste Zuwanderung auch unsere Schulen stark belastet, wird immer deutlicher. Leidtragende sind unsere Kinder. Dass dort unbedingt die Hebel anzusetzen sind und die Zuwanderung in unser Land dringend begrenzt werden muss, muss inzwischen allen klar sein. Mit der im April eingereichten Nachhaltigkeits-Initiative und der kürzlich lancierten Grenzschutz-Initiative packt die SVP das Problem an der Wurzel.

Ideologische Schulpolitik ist gescheitert

Neben dem Grundproblem der Zuwanderung läuft aber auch in unserem Schulsystem einiges falsch. Das Konzept der «Integration um jeden Preis» hat versagt. Integration ist dann sinnvoll, wenn sie erfolgversprechend für die Schülerin oder den Schüler ist und den Klassenverbund stärken kann. Die aktuelle Handhabung, die jedes Kind in die Regelklassen integrieren will, dient in vielen Fällen weder dem betroffenen Kind noch der Schulkasse.

Bevölkerung hat genug

Die schulische Integration hat darum gemäss Umfragen in der ganzen Bevölkerung an Akzeptanz verloren. Sie führt – entgegen den ursprünglichen Versprechen – nicht zu tieferen, sondern zu höheren Kosten. Der Koordinationsaufwand ist gewachsen, die Anzahl



Zur Vermittlung von Wissen braucht es eine ruhige und positive Atmosphäre in den Schulen. Beides ist heute oft nicht gegeben.

Bild: Adobe Stock

integrativ geschulter Kinder gestiegen, die Anzahl extern beschulter Kinder währenddessen nicht gesunken.

Zudem braucht es zahlreiche Therapeuten und Klassenassistenzen, um dem kompliziert gewordenen Gefüge einer Schulkasse gerecht zu werden. Und wenn es mit einem Kind in der Regelklasse gar nicht mehr geht, wird dieses ganz separiert, d.h. in eine teure externe Sonderschule geschickt oder sogar individuell beschult.

Volksinitiative und Motion

Die Förderklassen-Initiative und eine ähnlich lautende, von der SVP lancierte und von der FDP und GLP mitgetragene Motion im Kantonsrat packen das Problem an der Wurzel. Initiative und Motion verlangen, dass Kleinklassen als niederschwellige Angebote wieder zum Grundangebot gehören. Ziel ist es, ins-

besondere verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler temporär aus dem Klassenverbund herausnehmen zu können und dadurch die Regelklassen zu entlasten.

Dies dient allen Beteiligten. Zudem lohnt es sich finanziell, da mit dem Angebot Kosten für Fremdplatzierungen und externe Sonderschulungen reduziert werden. Letztlich ist es das Ziel, dass wieder mehr Ruhe in den Schulbetrieb einkehrt. So kann der Fokus auf die Vermittlung von Wissen gelegt und damit die Bildungsqualität wieder optimiert werden.

Unterstützen Sie uns und unterschreiben Sie hier die Förderklassen-Initiative – herzlichen Dank!



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!

SO STIMMEN SIE RICHTIG IN WINTERTHUR!

Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Vorlagen Stadt Winterthur

1. Finanzielle Stabilisierung der Pensionskasse der Stadt Winterthur	JA
2. Städtische Volksinitiative «für ein gesundes Stadtclima» («Gute-Luft-Initiative»)	NEIN
Gegenvorschlag	NEIN
3. Städtische Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität» («Zukunfts-Initiative»)	NEIN
Gegenvorschlag	NEIN

150 JAHRE DEMOKRATISCHE BUNDESVERFASSUNG 1874

Urknall der Demokratie



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

dere Kantone bis hin zur neuen Bundesverfassung von 1874. Etwas später, 1891, kam als neues wichtiges Volksrecht auch die Volksinitiative hinzu.

Diese Kämpfe um mehr Volksbeteiligung in der Politik wurden nicht als abstrakte Diskussionen unter Verfassungsrechtler, Professoren und Funktionären geführt. Sonder von leidenschaftlichen Männern aus dem Volk, die auch leidenschaftlich austeilten. Wer heute die Verrohung der politischen Kultur beklagt, sollte nur einmal die damaligen Zeitungen lesen. Dann wird klar, wie pfleglich, vielleicht allzu pfleglich, es heute zugeht.

Die Verfassungen der direktdemokratischen Schweiz strahlen übrigens aus bis in die USA. Zahlreiche der dortigen Bundesstaaten haben direktdemokratische Elemente aus der Schweiz übernommen. Ob das die beiden Konkurrenten ums Präsidentenamt, Joe Biden und Donald Trump, auch wissen? Zur Kenntnis nehmen sollte es zumindest der heutige amerikanische Botschafter in der Schweiz, der unser Land als «Loch im Donut» bezeichnet hat.

E freut Wuche!



Einflussreiche Schweizer Verfassung: Auch die USA kennen direktdemokratische Instrumente nach Schweizer Vorbild.

Bild: Wikipedia

Zitat der Woche

«Der Sozialismus birgt das Schlimmste am Menschen – nämlich Neid, Hass, Groll und, wenn nötig, Mord. Vergessen Sie nie, dass die verdammten Sozialisten 150 Millionen Menschen ermordet haben.» Javier Milei

Neeräsch-Jassmeisterschaft

Sonntag, 7. Juli 2024

Beginn 10:15 Uhr (Standblattausgabe 10:00 Uhr)
im SVP Zelt am Neeräsch 2024



Einzel-Schieber mit zugelosten Partner

gespielt wird mit Deutschschweizerkarten

Einsatz: CHF 30.00 (Einheitspreis für alle TeilnehmerInnen)

Spieleleiter: Albert Hagenbacher, Humlikon

(Co-Autor des Jassführers „Pur, Nüll, As“)

Anmeldungen unter 079 296 86 46 oder im Internet: www.jasscup.ch

→ Anmeldeschluss: 7. Juni 2024

Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.

Organisation:



SVP Neerach

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

Da waren es nur noch zwei ...

Letzte Woche ist es in Winterthur zu einem Paukenschlag an der Spitze der Schulorganisation gekommen. Eine weitere Führungs person der «Leitung Bildung» wirft den Bettel hin. Dies ist der vierte Abgang innerhalb der rund 1,5 Jahre seit der Einführung dieses Konstrukts, wobei die erste Kündigung bereits in der Probezeit erfolgt ist.

Den mit der Situation in Winterthur nicht vertrauten Leserinnen und Lesern sei gesagt, dass die fünf Leitungen Bildung das Bindeglied zwischen den Schulleitungen, der Zentralschulpflege und der Schulverwaltung darstellen. Diese Kaderpositionen wurden im Zuge der Reorganisation geschaffen, bei der die dezentralen Kreisschulpflegen ersetzt wurden. Vollmundig haben die Befürworter damals angekündigt, dass die «Schulorganisation professionalisiert» und die «Hierarchien klar geregelt» werden. Im Klartext heisst dies Entdemokratisierung der Volksschule und Stärkung der Verwaltung.

Damals haben sich nur die AL und die SVP dagegen gewehrt. Über die genauen Gründe der Abgänge ist öffentlich nur wenig bekannt. Wer sich das oben beschriebene Jobprofil jedoch nochmals vor Augen führt, erkennt vielleicht die sprichwörtliche Quadratur des Kreises, die von diesen Führungs personen verlangt wird. An einer solchen Aufgabe können auch fachlich bestens qualifizierte und erfahrene Führungspersonen aus dem Bildungsbereich – und das sind die Betroffenen – fast nur scheitern.

Der Fehler liegt im System begründet. Mit der Reorganisation der Schule wurden die über Jahre gewachsenen, bewährten Strukturen auf einen Schlag kaputtgemacht. In den Kreisschulpflegen war die Last auf viel mehr Schultern verteilt. Die Zentralisierung der Schulbehörden hat die Volksschule auch von ihrer Basis entfernt. Dabei ist die Nähe der Volksschule zur Gesamtbevölkerung wichtig, da sie auf das Leben in der Gesellschaft vorbereiten soll. Die Tendenz im Bildungsbereich geht aber in Richtung eines höheren Einflusses der Verwaltung, die versucht, Bildung mit wenig praxis tauglichen Konzepten zu administrieren.

Aussen vor bleibt die Bevölkerung als Folge der bereits erwähnten Entdemokratisierung. Die Volksschule ist aber nur eine solche, so lange sie von der Bevölkerung mitgetragen wird. Anstatt einer echten Korrektur möchte die zuständige Stadträtin mithilfe einer externen Fachperson die «Schulbehördenreform weiterentwickeln und optimieren». Es bleibt zu hoffen, dass zumindest die Winterthurer Stimmbevölkerung den Fehler im System erkennt und korrigierend eingreift. Nichts ist jedoch schwieriger, als eine bereits angegangene Zentralisierung rückgängig zu machen. Dies sollte uns auf jeden Fall eine Warnung sein, bei zukünftigen Zentralisierungsprojekten genau hinzuschauen, und dies nicht nur auf kommunaler Ebene!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Vorsorge ist Fürsorge

Schwerpunkt in der Gemeinderatssitzung vom vergangenen Mittwoch waren Weisungen und Vorstösse aus dem Gesundheits- und Umweltdepartement.

Walter Anken
Gemeinderat SVP
Zürich

Das zentrale Notfalllager soll Schutzmaterial für drei bis sechs Monate bereitstellen.

Bild: Das Saarland (Flickr.com)

Unter Top 16 ging es um die Weisung 2024/1, welche auf die Motion 2020/157 zurückgeht. In dieser Motion wird verlangt, dass die Pandemieplanung so organisiert wird, dass ein Notfalllager effizient angelegt und bewirtschaftet werden kann. Der Stadtrat verabschiedete mit dieser Vorlage das Konzept für ein Notfalllager.

Pandemieplanung und Notfalllager
Der Fachstab Pandemie und seine Führungsgrundgebiete haben sich während der Corona-Pandemie bewährt, weshalb hier keine Anpassung notwendig ist. In jeder Phase der Pandemie war genügend Schutzmaterial vorhanden, auch wenn es zu Beginn teilweise knapp wurde. Im Spital Waid gab es zwar Schutzmaterial, aber dieses war nicht ausreichend und zudem ungünstig gelagert. Damit das bestehende Schutzmaterial effizient bewirtschaftet werden konnte, musste es während der Pandemie an einem neuen Standort zusammengeführt werden. Ein zentrales Notfalllager ist deshalb für künftige Pandemien von zentraler Bedeutung.

Ziel des Notfalllagers ist, dass beim Ausbruch einer Pandemie für rund drei bis sechs Monate genü-

gend Schutzmaterial (Masken, Desinfektionsmittel, Handschuhe usw.) an Lager ist, um die Versorgungssicherheit für alle Zielgruppen zu gewährleisten. Die Kosten für die Schaffung eines Notfalllagers belaufen sich auf CHF 850 000.–. Für die Bewirtschaftung des zentralen Notfalllagers rechnet man mit 0,5 Vollzeitstellen. Der SVP ist die Sicherheit der Bevölkerung auch im Gesundheitsbereich enorm wichtig, weshalb wir dieser Weisung – wie der Rest des Rats – gerne zugestimmt haben.

Zukunft des Triemli-Areals

Die Weisung 2024/4 geht auf zwei Postulate zurück. In einem Bericht soll der Stadtrat aufzeigen, wie die Zukunft im Triemli-Areal aussehen könnte. Dabei

soll eine Einschätzung für ein Campus-Projekt beschrieben und zusätzlich dar gestellt werden, welche weiteren Nutzungen zukünftig möglich wären. Beim Campus stehen digitale medizinische Innovationen im Vordergrund, die mit Hochschulen, Fachhochschulen und privaten Start-ups entwickelt werden. Ziel ist es, den Transfer von Forschungsergebnissen in die klinische Praxis zu vereinfachen und sich an den Schwerpunkten der städtischen Spitäler und Rehakliniken zu orientieren. Weitere zukünftige Nutzungen könnten z.B. ein «Gesundheitscluster Triemli» sein. Hier denkt man an ein Patientenhotel, Wohn einheiten für ältere Menschen oder einen Begegnungsort für die Quartier bevölkerung. Der Stadtrat hat in seinem

Bericht erwähnt, dass heute bereits vieles existiert, was in den beiden Postulaten gefordert wird. Weiter betont er ausdrücklich, wie wichtig es ist, das Triemli-Areal für künftige Bedürfnisse im Gesundheitsbereich, die heute noch nicht absehbar sind, freizuhalten.

Hautkrebsprävention

In der Motion 2023/319 der Grünen geht es um eine Kampagne zur Prävention von Hautkrebs. Dem Gemeinderat muss eine kreditschaffende Weisung zur Hautkrebsprävention vorgelegt werden. An Schulen, Sommerbadeanlagen, Aussen sportanlagen und belebten Plätzen soll kostenlos Sonnencreme zur Verfügung gestellt und ebenso sollen Hautkrebs Screenings gratis angeboten werden. Wie immer bei Vorstößen von linker Seite muss alles kostenlos sein. Nur heisst kostenlos nicht, dass es nichts kostet, sondern dass andere dafür bezahlt. Dabei ist Hautkrebs in der Zürcher Bevölkerung kein prioritäres Problem. Am schwarzen Hautkrebs sterben etwa 2% aller Krebstoten in der Stadt. Dank frühzeitiger Entdeckung durch Screenings und Behandlung konnte die Mortalität massiv gesenkt werden. Die Krebsliga rät von Kampagnen für Sonnenschutzmittel ab, weil dies in der Bevölkerung ein falsches Sicherheitsgefühl gibt und der Selbstverantwortung entgegensteht.

Aus den gleichen Gründen werden Gratis-Screenings abgelehnt. Nur hauchdünn und dank dem Entscheid des Ratspräsidenten wurde die Motion bzw. das umgewandelte Postulat im Rat im Sinne der SVP abgelehnt.

AUS DEM BÜLACHER GEMEINDERAT

Sportpark Bülach – zum Scheitern verurteilt

Seit der Bau- und Zonenordnung von 1985 ist im Gebiet Erachfeld ein Erholungsgebiet für Sportanlagen vorgesehen. Vierzig Jahre später, nach einem erfolgreichen und einem gescheiterten Umzonungsversuch, diversen Gerichtsbeschlüssen und unzähligen investierten Steuerfranken, steht immer noch keine Sportanlage. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Thomas Obermayer
Gemeinderat Bülach
Bülach

Der aktuell rechtsgültig eingezonte Bereich von 1996 im Erachfeld ist in der aktuellen Form unter anderem nicht erschlossen. 2009 versuchte man dies mit einer erneuten Umzonung zu korrigieren, scheiterte jedoch am fehlenden Eintrag im regionalen Richtplan. Der damalige Parlamentsentscheid wurde erfolgreich vor Bundesgericht angefochten.

Seit Januar 2024 befindet sich die neueste Variante der Umzonung in der zuständigen Parlamentskommission zur Beratung. Grundsätzlich hat sich nicht viel zur Vorlage von 2009 geändert. Fünfzehn Jahre nach der gescheiterten Umzonung muss das Parlament erneut über die gleiche Vorlage beraten, und meine Prognose als Mitglied der zuständigen Fachkommission ist düster.

Regensdorfer Surfspark und Bülacher Sportpark: Parallelen und Unterschiede

Beim kürzlich gescheiterten Regensdorfer Surfspark wollte man 7,7 Hektar aus der Landwirtschaftszone der bestehenden Erholungszone zuschlagen. In Bülach handelt es sich um rund 5 Hektar Kulturland. Interessant ist jedoch die bundesrechtlich festgelegte Grösse von 3 Hektaren, die gemäss Art. 46 Abs. 3 RPV dem Bundesamt für Landwirtschaft gemeldet werden muss, falls eine Nutzungsänderung geplant ist.

Eine Minderheit des Baurechtsgerichts schliesst daraus, dass der Wegfall von Landwirtschaftsflächen über 3 Hektaren im Bundesinteresse liegt und somit einen kantonalen Richtplanein

trag voraussetzt. Das wiederum würde bedeuten, dass der Erachfelder Sportpark ein kantonales Interesse darstellen müsste. Das abschliessende Urteil des Verwaltungsgerichts ging nicht auf diese Minderheitsmeinung ein, bietet jedoch einen beachtlichen Angriffspunkt.

Herausforderungen der Machbarkeitsstudie

Ein weiterer Schwachpunkt sind die in der Machbarkeitsstudie ausgewiesenen Anlagen wie die Vierfachturnhalle, Crossfitanlage, Spielplatz und Pumptrack. Grundsätzlich darf das aktuelle Siedlungsgebiet nicht vergrössert werden, Ausnahmen sind unter besonderen Bedingungen möglich. Für mehrere Fussballplätze lässt sich problemlos der benötigte regionale Bedürfnisnachweis erbringen. Dass Fussballplätze ausserhalb des Siedlungsbereichs besser platziert sind als im überbauten Gebiet, ist ebenfalls nachvollziehbar. Eine Sporthalle, die primär für Volleyball genutzt werden soll, könnte jedoch ohne Weiteres im aktuellen Siedlungsgebiet verwirklicht werden. Einen ausreichenden Interessennachweis für Volleyballsport in der Region Bülach zu erbringen, um damit Kulturland zu opfern, halte ich für eine sehr grosse Herausforderung. Sinngemäß gilt dasselbe für die anderen Freizeitsportplätze.

Mögliche Lösungen und deren Schwierigkeiten

Kennt man die aktuell eingezonte Fläche, könnte man schlussfolgern, dass diese grundsätzlich bereits für die dringend benötigten Fussballplätze ausreicht. Eine Umzonung für Fussball ist eigentlich nicht nötig. Leider scheitert dieses Vorhaben an den erwähnten fehlenden Erschliessung. Parkplätze wären beispielsweise nicht möglich und die Fussballerinnen und Fussballer müssen

ten einige hundert Meter zu ihrem Trainings- und Turnierplatz laufen. Das ist sicher machbar, aber keine ideale Voraussetzung für den Sport und dessen Spielbetrieb.

Leider gibt es keine wirklichen Alternativen. Ideal wäre ein Landabtausch mit einem Grundeigentümer an der nördlichen Seite des Gebiets. So könnte man direkt am Rand einer in Bülacher Besitz stehenden Parzelle Fuss

ballplätze errichten und einen Teil dieser existierenden Bauzone für die zusätzliche Infrastruktur nutzen. Man käme mit weniger als 3 Hektaren Kulturland aus und könnte die Turnhalle im Siedlungsgebiet realisieren. Leider hat sich die Stadt Bülach durch einen Rechtstreit in der Vergangenheit mit dem Grundeigentümer über genau dieses Stück Land keine gute Verhandlungs position geschaffen.

Selbst wenn die Umzonung vom Bülacher Parlament abgesegnet wird, ist ein Rechtstreit bis vor Bundesgericht unausweichlich.



Die geplante Teilrevision des Zonenplans Erachfeld.

Bild: Stadt Bülach

LESERBRIEF

Die Geschlechterfrage und dessen Herausforderungen

Die Frage eines dritten Geschlechts polarisiert. Hätte Nemo auch als «Mann» gewonnen? Wir wissen es nicht. Musikbusiness und Politik sollten nicht vermischt werden. Israel hatte keine Chance, den Sieg zu holen, obwohl der Beitrag top war – wir wissen warum.

Wie soll das Ganze rechtlich und realistisch vollzogen werden? Details wie Garderoben und eigene Kategorien bei

Sportarten werfen Fragen auf! Hat eine Minderheit Anspruch auf eigene Toiletten in öffentlichen Gebäuden und Betrieben? Mit der Abschaffung der Geschlechter käme die Frage auf, ob alle jungen Menschen ab zwanzig militärdienstpflichtig sind.

Zweifelsfrei soll jedes Geschlecht gleichwertig behandelt werden, dies steht außer Frage, denn alle Menschen

haben Platz in unserer Akzeptanz-Gesellschaft.

Aber deswegen sollten Gefühle und Anderssein nicht gleich die ganze Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen und am anderen Tag neue Gesetze geschrieben werden!

Andi Widmer,
Präsident Sektion Laufen-Uhwiesen

LESERBRIEF

Ist der Schutzstatus S für Ukrainer noch zeitgemäß?

Der Status S bedeutet, dass die betroffenen Personen kein Asylverfahren durchlaufen müssen und umfangreiche Rechte erhalten. Sie sollten – bis zu ihrer Rückkehr – möglichst erwerbstätig sein, um die Sozialkosten in Grenzen zu halten. Gemäss NZZ waren Ende April lediglich 24 Prozent erwerbstätig bei einem durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von 70 Prozent. Wöchentlich fünf Tage zu arbeiten, ist offenbar zu viel verlangt. Der zuständige Bundesrat Beat Jans ist der Meinung: «Mehr Ukrainer sollen Arbeit finden, bis Ende Jahr 40 Prozent.» Passieren wird gar

nichts, wenn nicht endlich klarer gefordert wird. Bei ungenügender Stellensuche (auch mit der Arbeitsvermittlung RAV) oder bei Nichtantritt einer offenen Stelle, sind die Sozialhilfen massiv zu kürzen. Der Status S wird gehörig missbraucht.

Immer mehr Nichtukrainer reisen mit gekauften Papieren in unser Land ein. Ohne rasche Anpassungen beim Schutzstatus S nimmt der «Wildwuchs» mit falschen Entscheiden bei den Asylanträgen weiterhin zu.

Und wie steht es mit der Sicherheit in unserem Land vor Flüchtlingen aus

der Ukraine? Im Zusammenhang mit der steigenden Kriminalität in unserem Land haben sowohl der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr als auch der Berner Polizei-Kommandant kürzlich auf Ukrainer hingewiesen. Brenzikofer dazu: «Die Täter wissen, dass sie kaum etwas zu befürchten haben.» Gemäss einer Studie, unter anderem mit dem SEM, werden die meisten Ukrainer hierbleiben. Die Schweiz, ein Schlaraffenland pur.

Karl Meier-Zoller
Effretikon ZH

Die Gerichtskommission der Vereinigten Bundesversammlung sucht für das Bundesverwaltungsgericht (BVGer):

Vier Richter/innen mit Hauptsprache Deutsch

80–100 % / St. Gallen

IHRE AUFGABEN	IHRE KOMPETENZEN
Sie sind als Richterin bzw. Richter deutscher Sprache für die Abteilung V oder VI des BVGer tätig.	<ul style="list-style-type: none"> - Juristischer Hochschulabschluss, idealerweise Anwaltspatent; - mehrjährige Berufserfahrung, vorzugsweise an einem kantonalen Gericht, in der Advokatur oder in der öffentlichen Verwaltung; - fundierte Kenntnisse im Asylbereich oder im Ausländer- und Bürgerrecht; - effiziente Arbeitsweise, Entschlussfreudigkeit, Teamfähigkeit und hohe Sozialkompetenz; - Führungskompetenz und Belastbarkeit; - Hauptsprache Deutsch und sehr gute Kenntnisse einer zweiten Amtssprache. Für die Abteilung VI sind sehr gute aktive Kenntnisse des Französischen oder des Italienischen erforderlich.

Zusatzinformationen

Für die Wahl in ein Richteramt an einem eidgenössischen Gericht ist die Schweizer Staatsbürgerschaft erforderlich (vgl. Art. 143 BV und Art. 5 Abs. 2 VGG). Die Vereinigte Bundesversammlung wird die Wahl in der Herbstsession 2024 vornehmen. Die Gerichtskommission achtet auf eine ausgewogene Vertretung der verschiedenen politischen Kräfte an den eidgenössischen Gerichten. Am Bundesverwaltungsgericht sind bei den Richterinnen und Richtern derzeit folgende Parteien untervertreten: SVP und SP, in einem geringeren Masse die Mitte und FDP.

Bewerbungsfrist: 17. Juni 2024

Amtsantritt: so rasch wie möglich nach der Wahl

Beschäftigungsgrad: 80–100 %

Lohn: Lohnklasse 33 (je nach Alter und Erfahrung, vgl. Art. 5 der Richterverordnung, SR 173.711.2)

Kontakt

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Sekretärin der Gerichtskommission, Anne Dieu (anne.dieu@parl.admin.ch; Tel.: 058 322 94 26).

Lassen Sie uns bitte Ihre Bewerbung mit Motivationsschreiben, Lebenslauf, Kopien von Diplomen und Arbeitszeugnissen, Angabe von Referenzpersonen (darunter mindestens zwei berufliche Referenzen) mit Telefonnummer, Liste der Publikationen, Straf- und Betreibungsregisterauszug sowie Passfoto elektronisch zukommen.

Nähere Informationen zum Bundesverwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.bvger.ch/bvger/de/home.html.

URKNALL DER DEMOKRATIE: 150 JAHRE BUNDESVERFASSUNG 1874

Spannende Geschichtslektion im Winterthurer Stadthaus

Am Samstag, 1. Juni, wurde an einer Feier im Stadthaus Winterthur der 150-jährigen Bundesverfassung gedacht. Alt-Bundesrat Christoph Blocher, Regierungspräsidentin Natalie Rickli und Stadtpräsident Michael Künzle sprachen vor rund 700 Gästen.

RoMü. Es war kein Zufall, dass das Komitee 150 Jahre demokratische Bundesverfassung Winterthur als Ort für die Würdigung dieses wertvollen Werkes auswählte. Umrahmt vom bekannten Musikkollegium Winterthur startete alt-Bundesrat Christoph Blocher mit einer spannenden und interessanten Geschichtslektion und erinnerte an das bewegte 19. Jahrhundert in Europa, der Schweiz und dem Kanton Zürich. In diesen Zeiten musste auch der Architekt Gottfried Semper seine Heimat als politischer Flüchtling verlassen. Er baute in der Schweiz die ETH Zürich, aber auch den Tagungsort mit dem Stadthaus Winterthur. Während sich in der ersten zu Ende gehenden Hälfte des 19. Jahrhunderts die umliegenden Monarchien gegen die bürgerlichen Freiheitsbewegungen durchsetzen, ging die Eidgenossenschaft den gegenläufigen Weg. Die Liberalen siegten im Sonderbundskrieg und schufen 1848 den ersten modernen Bundesstaat. «Aus dieser Partei gingen später die Freisinnig-Demokratische, zwischenzeitlich die Demokratische und auch die Schweizerische Volkspartei hervor. Die damaligen Gründerväter hatten dafür gesorgt, dass diese Staatsform die Schweiz zu einem der wohlhabendsten, freisten und friedlichsten Länder der Welt gemacht hat», führte Blocher aus.

Die Rolle von Alfred Escher

Doch die damals junge Verfassung ermöglichte wenigen Persönlichkeiten eine enorme Machtfülle. Dazu gehörte der Stadtzürcher Alfred Escher, der die liberale Mehrheit anführte und der als Mann der Wirtschaft die Modernisierung vorantrieb. Er baute den Gottihart-Bahntunnel und sorgte dafür, dass mit der Gründung der ETH auch entsprechende Ingenieure ausgebildet wurden. Zur Finanzierung der Projekte gründete er die Schweizer Kreditanstalt und zur Absicherung die Schweizerische Rentenanstalt.

Man warf Escher vor, er sei arrogant und eigennützig. Neue demokratische Kräfte verlangten mehr Mitsprache im Kanton Zürich. Nach einem zweiten Ustertag 1867 wurde die Forderung laut, dass alles durch das Volk entschieden werden müsse. 1869 erhielt der Kanton seine neue Verfassung mit mehr Volksrechten. «Winterthur darf stolz sein, denn diese Stadt und ihre Umgebung war vor 150 Jahren der Impulsgeber für neue demokratische Verfassungen», meinte Christoph Blocher.

Zweiter Anlauf

Angesteckt von dieser neuen Verfassung gab es auch auf Bundesebene Kräfte, welche eine Verfassung für die Schweiz wollten. Doch der erste Anlauf im Mai

1872 wurde mit einem deutlichen Ständemehr abgelehnt. Doch die unterlegenen liberalen Kräfte liessen nicht locker. 1873 sorgte Papst Pius IX mit seinem Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes unerwartet für weiteren Schub für eine liberalere Verfassung, weil sogar Katholiken diese Aussage ablehnten. Am 19. April 1874 schaffte es die neue Verfassung mit 340 199 zu 198 013 Stimmen zu einer grossen Ja-Mehrheit, indem 14 1/2 Stände für und nur noch 7 1/2 dagegen waren. In der neuen Verfassung blieb die Präambel «Im Namen Gottes, des Allmächtigen» erhalten. Doch zugleich wurde das fakultative Referendum eingeführt, das Militärwesen bezüglich Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung auf Bundesebene delegiert. Die Kantone wurden verpflichtet, das Recht auf einen obligatorischen und unentgeltlichen Primarschulunterricht ungeachtet der Konfessionen zu schaffen.

Ausbau der Volksrechte

Die bei der Abstimmung unterlegene katholisch-konservative Minderheit merkte rasch, dass sie mit dem Referendum ein wertvolles Oppositorinstrument nutzen durfte. 1891 kam zudem die Volksinitiative in die Verfassung und der erste katholisch-konservative Bundesrat wurde gewählt. Abschliessend warnte Blocher davor, dass diese Werte gerade mit den Volksrechten mit Blick auf die europäische Integrationspolitik in Gefahr sind. Denn diese Volks- und Freiheitsrechte können ausländischen Staaten gefährlich werden. Dabei verwies er auf den Basler Kulturhistoriker Jacob Burckhardt: «Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sein, wie die grösstmögliche Quote der Staatsbürger in vollem Sinne sind.» «Darum ist das Festhalten an der souveränen, direktdemokratischen Schweiz unerlässlich. Sorgen wir dafür», war Christoph Blochers klares Schlusswort.

Gräben überwinden

Stadtpräsident Michael Künzle kam insbesondere auf die wichtige Rolle von Johann Jakob Sulzer (1821–1897) zu sprechen. Als Gegner von Alfred Escher wurde er zum führenden Kopf der Demokraten, der die Verfassung von 1869 prägte. «Erst die 1869 geschaffene neue Kantonsverfassung sorgte dafür, dass die sieben Regierungsräte durch das Volk gewählt werden mussten», rief Regierungspräsidentin Natalie Rickli in Erinnerung. Zugleich verwies sie auf den lang anhaltenden, sehr tiefen Graben zwischen den beiden Städten Winterthur und Zürich. Erst die neue junge Demokratie sorgte dafür, dass sich dieser überwinden liess.



Stadtpräsident Michael Künzle, Regierungspräsidentin Natalie Rickli und Alt-Bundesrat Christoph Blocher sorgten im Winterthurer Stadthaus vor rund 700 Gästen für eine spannende Geschichtslektion.

Bild: ZVG

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen/Andelfingen

Freitag, 5. Juli 2024, 18.00 Uhr, Betriebsbesichtigung und Grillplausch, Firma Andair, Schaubenstrasse 4, Andelfingen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-andelfingen.ch.

Dienstag, 20. August 2024, 08.45 – 18.00 Uhr, Besuch des Bundeshauses in Bern, Treffpunkt Gleis 1, Bahnhof Andelfingen, mit Nationalrat Martin Hübscher. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-andelfingen.ch.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen

Donnerstag, 4. Juli 2024, 18.30 Uhr, Grillfest, Besenbeiz bei Andereggs, Untermörlen 1, Uhwiesen, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Bülach/Wil

Sonntag, 1. September 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Hinwil/Wetzikon

Samstag, 22. Juni 2024, 10.00 – 16.00 Uhr, Parteidag, Treffpunkt Wasserrervoir Bühlholz, Wetzikon, mit Kantonsrat Daniel Wäfler. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-wetzikon.ch.

Bezirk Meilen

Donnerstag, 20. Juni 2024, 18.00 Uhr, Sommer-Grillabend, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit alt Nationalrat Walter Frey. Kosten: 60 Franken. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon

Freitag, 30. August 2024, 19.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch inserate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteidemeter Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zvp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch zürcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Bezirk Dielsdorf/Neerach

Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Zelt am Neerifäscht, Dorfkern, Neerach.

Sonntag, 7. Juli 2024, 10.00 Uhr, Jassmeisterschaft, im SVP-Zelt am Neerifäscht, Dorfkern, Neerach. Kosten: 30 Franken. Anmeldung bis 7. Juni 2024 unter 079 296 86 46 oder www.jasscup.ch.

Bezirk Hinwil/Wetzikon

Samstag, 22. Juni 2024, 10.00 – 16.00 Uhr, Parteidag, Treffpunkt Wasserrervoir Bühlholz, Wetzikon, mit Kantonsrat Daniel Wäfler. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-wetzikon.ch.

Bezirk Meilen

Donnerstag, 20. Juni 2024, 18.00 Uhr, Sommer-Grillabend, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit alt Nationalrat Walter Frey. Kosten: 60 Franken. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon

Freitag, 30. August 2024, 19.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Dübendorf

Sonntag, 23. Juni 2024, 10.00 Uhr, SVP-Buurrezmorge, Bauernhof Weber, Buenstrasse 11, Dübendorf, mit Nationalrat Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Kosten: 35 Franken. Anmeldung unter www.svp-duebendorf.ch.

Stadt Zürich

Samstag, 8. Juni 2024, 10.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Referat von Nationalrat Pascal Schmid (SVP TG) zur Grenzschutz-Initiative. Anmeldung unter 044 217 77 66.

Stadt Zürich/Kreis 11

Freitag, 30. August 2024, 18.00 Uhr, PolitApéro, Wirtschaftsunterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Ombudsman Pierre Heusser.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschieszen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

NEIN

2. Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

NEIN

3. Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

JA

4. Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

NEIN

Vorlagen Stadt Zürich

1. Plus 2000 Alterswohnungen bis 2035, Änderung der Gemeindeordnung

JA

2. Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für Energielösungen des ewz

JA

3. Umbau und Erweiterung Wache Süd, Ausgaben von 69,75 Millionen Franken

JA



Generalversammlung der SVP Stadt Zürich

Samstag, 8. Juni 2024

Türöffnung: 10:00 Uhr, Beginn: 10:30 Uhr

Restaurant Muggenbühl

Pavillon, Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

Gastreferent:

Nationalrat Pascal Schmid zur Grenzschutz-Initiative

Im Anschluss an die Versammlung offerieren wir Ihnen den bekannten Fleischkäse aus dem Hause Muggenbühl. Bitte melden Sie sich an unter 044 217 77 66.

Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte sind willkommen.

www.svp-stadt-zuerich.ch



Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und «Zürcher Bauern»